

Birgit Mahnkopf

## **„Die Welt im Wandel – aber wohin?“**

Einleitungsbeitrag, Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen,  
Mönchengladbach am 17.08.2022

Die Frage, zu der ich einleitend sprechen soll, klingt zunächst profan. Denn dass die Welt sich im Wandel befindet, ist ja weder eine überraschende noch eine erschreckende Entdeckung. Moderne kapitalistische Industriegesellschaften werden ja gerade deswegen als Spitze der menschlichen Entwicklung gefeiert, weil sie über scheinbar unbegrenzte Möglichkeiten verfügen, den ökonomischen, technologischen, politischen und sozialen Wandel zu befördern. Meist geschieht dieser Wandel inkrementell, also schrittweise; manchmal aber auch abrupt und mit den von Joseph Schumpeter beschworenen „kreativen Zerstörungen“. Aus einer ökologischen Perspektive erweisen sich diese freilich meist als „zerstörerische Kreationen“ (E. Altvater).

Auch die Rede vom „Klimawandel“ legt es nahe, dass die Erwärmung der Erde sukzessive vor sich geht. Gleichwohl wissen wir schon seit langem, dass wenn bestimmte „Kippunkte“ bei wichtigen bio-physischen Systeme der Erde erreicht sind, keine allmähliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für Menschen, Tieren und Pflanzenwelt eintritt; vielmehr ist dann mit kaskadenartige Dominoeffekte zu rechnen, die zu einem irreversiblen Zusammenbruch vieler Ökosysteme führen.

Heute zeigt sich, dass die Komplexität der Wechselwirkungen in den Modellen des Weltklimarats IPPCS wohl grundsätzlich unterschätzt wurde (Rantanen 2022). Gegenwärtig befinden wir uns auf einem Pfad, der bis zum Ende des Jahrhunderts zu einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von 2,1 bis 3,9°C führen wird (Kemp et al. 2022).

Doch es entsprach der Logik der Pariser Klimaverhandlungen im Jahr 2015, sich auf die in naher Zukunft bevorstehende eher niedrige Erderhitzung von 1,5° gegenüber dem vorindustriellen Level zu fokussieren - nicht aber von der Möglichkeit einer besonders gefährlichen Entwicklung der Erderwärmung von mehr als 3°C bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auszugehen. Die Gemeinschaft der Klimaforscher, die nicht als „Panikmacher“ diskreditiert werden wollte, hat dabei mitgespielt, Annahmen über eine nahende ökologische Katastrophe abzuschwächen.

Weil das System des modernen, auf fossiler Energie basierenden Industriekapitalismus nicht in Frage gestellt werden soll, gehören Schönrederei

und v.a. das Schönrechnen zu den herausragenden Qualifikationen, die politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen besitzen müssen. Auch Nichtregierungsorganisationen beteiligen sich an diesem gefährlichen Spiel des Selbstbetrugs – meist in der Überzeugung, dass politische Entscheidungen unbedingt „attraktiv“ erscheinen müssen, um eine geringe Chance auf Durchsetzung zu haben (vgl. Spratt/ Dunlop ; Kemp et. all 2022; Anderson 2022)).

Zu Beginn dieses Monats sind nun die wohl einflussreichsten Klimaforscher der Welt in der renommierten Wissenschaftspublikation „Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America“ mit einer anderen Nachricht an die Weltöffentlichkeit getreten. Unter dem Titel „Climate Endgame“ plädieren sie dafür, unbedingt die „worst-case-scenarios“ in den Blick zu nehmen, die sich aus einer Erhitzung des Erdklimas um mindestens 3°C bis Ende des 21. Jahrhunderts ergeben werden. Demnach sollten wir uns vergegenwärtigen, dass wir gerade dabei sind, uns in der kurzen Zeitspanne von ca. 100 Jahren zurück zu katapultieren zu Temperaturen wie sie während des frühen Eozäns vor ca. 50 Millionen Jahren herrschten - lange bevor die menschenfreundliche erdgeschichtliche Phase des Holozäns vor 12000 Jahren begonnen hat.

Es ist damit zu rechnen, dass als Folge einer historisch gänzlich anormalen Wachstumsdynamik, die durch den gerade einmal 250 Jahre währenden Industriekapitalismus auf fossiler Basis in Gang gesetzt worden ist, lebenserhaltende Ökosysteme wie die tropischen Korallenriffe kollabieren werden und Insektenpopulationen, von denen die Bestäubung der Pflanzen und damit die Nahrungsmittelproduktion auf der Erde abhängt. Doch auch der vielerorts bereits heute - bei wenig mehr als durchschnittlich 1°C-Erderwärmung – schwer gestörte Nexus von Wasser-Energieproduktion und fruchtbarem Land droht zu zerreißen, so dass jegliche Ernährungssicherheit für Milliarden von Menschen auf lange Zeit nicht mehr gewährleistet wäre.

Von einem sanftem und beherrschbaren „Wandel in der Welt“ kann schon beim Übergang zu mehr als 2°C heißeren Planeten auch hinsichtlich der Verbreitung vieler neuer Krankheiten nicht die Rede sein, insbesondere von Zoonosen - wie Covid19 eine ist.

Gleichzeitig muss in Zeiten existenzieller Not in vielen Gesellschaften mit einer Zunahme von gewaltsamen inner- und zwischenstaatlichen Konflikten gerechnet werden. Die erwähnte Studie der Klimaforscher warnt in diesem Zusammenhang von einem „synchronen Scheitern“, das global auf Länder und Systeme ausgreifen könnte - vergleichbar der Domino-Dynamik, die die globale Finanzkrise der Jahre 2007-2008 in Bewegung gesetzt hat.

Auch wer nur über minimale naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügt, wird die Grundannahme der Chaostheorie nachvollziehen können. Diese besagt, dass kleinste Veränderungen bei den Anfangsbedingungen innerhalb eines komplexen Systems Kettenreaktionen auslösen können, die in den Zusammenbruch des gesamten Systems einmünden. Dies gilt zuvorderst für die biophysischen Systeme der Erde. Die Grundannahme der Chaostheorie gilt aber auch für andere und gänzlich von Menschen gemachte Systeme, also für ökonomische, soziale und politische Systeme. Ist erst einmal eine bestimmte Schwelle von Chaos erreicht – was alltagssprachlich ein Übermaß an Unordnung meint, im naturwissenschaftlichen Sinne aber v.a. die Unvorhersagbarkeit von Prozessen – wird der stattfindende Wandel als bedrohlich empfunden - und dies aus guten Gründen.

Vor diesem Hintergrund lautet die **Leitthese meines Beitrags** wie folgt: Wir haben es heute mit einer Vielzahl von Entwicklungen zu tun, die sämtlich darauf verweisen, dass zwei Prinzipien, auf denen der moderne Industriekapitalismus beruht, grundsätzlich infrage gestellt werden müssen: Zum einen ist dies die Freisetzung von Märkten aus jeglicher gesellschaftlicher Kontrolle und ihre Überantwortung an ein zutiefst inhumanes Prozedere: die Steuerung von Angebot und Nachfrage nach Waren jeglicher Art allein durch einen Preis, der sich auf unregulierten Märkten bildet. Zum anderen ist dies das Prinzip, durch die Nutzung von fossilen Energieträgern die Energieproduktion pro Hektar Land stetig zu vermehren – obwohl doch die „Kugelfläche der Erde“ (I. Kant) bekanntlich endlich ist.

Nur wenn es uns in sehr kurzer Zeit gelingen sollte, die menschliche Zivilisation so zu organisieren, dass sie ohne die kapitalistische Akkumulationsdynamik auskommt und mit einem sehr viel geringeren Energieverbrauch als wir ihn in den altindustrialisierten Ländern des globalen Nordens haben, gibt es für die Menschheit auf diesem einstmals so schönen blauen Planeten noch eine Zukunft.

In einem ersten Argumentationsschritt möchte ich Eure Aufmerksamkeit aber zunächst darauf lenken, was sich in den letzten Jahrzehnten ganz offensichtlich *gar nicht gewandelt* hat. Für globalisierungskritische soziale Bewegungen, ist eine solche Rückerinnerung an den ausgebliebenen gesellschaftlichen Wandel von Bedeutung. Denn sie zwingt zu der nicht gerade erfreulichen Einsicht, dass jahrzehntelanges Engagement für eine Regulierung der destruktiven Auswirkungen der Globalisierung so gut wie nichts bewirkt hat.

Die großen Versprechungen der Globalisierung wurden sämtlich gebrochen: *Erstens* einen haben weder die Öffnung der Märkte für Kapital, Waren, Dienstleistungen (und weit weniger auch für Arbeitskräfte) sowie die Vertiefung

der globalen Arbeitsteilung noch die Verbilligung aller Güter und Dienstleistungen dazu geführt, dass es zu einer parallelen globalen Verbreitung von Demokratie, Menschenrechten und Frieden gekommen wäre. *Zweitens* haben die liberalisierten und deregulierten Kapitalmärkte zu einer enormen Zunahme aller Arten von Spekulation geführt. Der Fokus wirtschaftlichen Aktivitäten liegt seit Jahrzehnten weitaus weniger auf „produktiver Wertschöpfung“ zur Deckung essentieller menschlicher Bedürfnisse, denn auf raschen und hohen Zinsgewinnen und auf der Mehrung von „shareholder value“. In der Folge sind wir heute *drittens* auf der einen Seite mit exorbitant angewachsenen Geldvermögen konfrontiert - die mit immer ausgeklügelten Methoden weltweit nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen - und auf der anderen Seite mit dem spiegelbildlichen Zuwachs von privaten aber v.a. von souveränen Schuldnern. Die souveränen Schuldner, also die Staaten, sehen sich zuvorderst in einer Verantwortung gegenüber Geldvermögensbesitzern und nehmen, wenn überhaupt, ihre Rechenschaftspflicht gegenüber den jeweiligen Wahlvölkern nur in zweiter Linie wahr. Das befördert in vielen Ländern der Welt autoritäre und xenophobe „Konterrevolutionen“. *Viertens* hat die Durchsetzung eines einheitlichen Weltmarkts für Waren und Dienstleistungen (und in gewissem Umfang auch für Arbeitskräfte) zwar zur Etablierung globaler Standards geführt – für technische Normen, Preise und Produktionsstandards. Doch gilt dies weitaus weniger auch für global gültige Arbeits- und Menschenrechte und noch weniger für universelle Umweltnormen. Mit der von K. Marx nur als eine Tendenz beschriebenen, zu Beginn des 21. Jahrhunderts aber tatsächlich vollendeten Herstellung eines Weltmarkts kam es *fünftens* zugleich zu einer weltumspannenden, global vernetzten Produktion. Das aber bedeutet, dass schwächere Marktteilnehmer nunmehr gezwungen sind – egal wo und unter welchen Bedingungen sie leben und produzieren –, sich am unteren Ende der globalen Wertschöpfungsketten als „Preisnehmer“ einzurichten. Denn wer sich nicht als „Standardsetzer“ qualifiziert, kann nur versuchen, die von anderen gemachten Preise zu unterbieten - durch niedrige Löhne, durch die Verletzung geltender Arbeitsnormen und häufig auch durch die Verletzung grundlegender Menschenrechte und Umweltstandards. Am oberen Ende der Wertschöpfungsketten aber hat derselbe Prozess zu einer enormen Kapitalkonzentration geführt - und diese begünstigt die Konversion von ökonomischer Macht in politische Einflussnahme. Diese Entwicklung wurde in den letzten Jahren immer nur im Hinblick auf die BIG TECH-Unternehmen der Digitalwirtschaft diskutiert. Gegenwärtig aber müssen wir feststellen, dass auch die anderen Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes die Klaviatur der politischen Einflussnahme nicht verlernt haben.

Diese Art der Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat bekanntlich zu einem dramatischen Zuwachs an ökonomischer und sozialer Ungleichheit geführt – ja, auch in Europa und in anderen Ländern des globalen Nordens. Weitaus mehr

aber v.a. in der von Dieter Senghaas so bezeichneten „Nicht-OECD“-Welt“, in der die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt. Auch wenn die deutsche Außenministerin nicht müde wird, von einer regel- und normbasierten Außenpolitik zu phantasieren: Als Vision war „Global Governance“ kurzfristig zur Selbstermutigung geeignet; heute erweist sie sich - um die neuerdings wieder salonfähige Militärsprache zu bemühen - als ein „Rohrkrepierer“.

Auch die EU ist längst kein „role model“ mehr für die Herausbildung einer solchen Ordnung - keine „normative Macht“, die für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Frieden, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit steht und beispielgebend für andere Staaten wirkt, sowohl in ihren Innen- wie in ihren Außenbeziehungen. Wie das andere veraltete Rollenmodell, das des „american way of life“, so kommt auch das europäische Modell nicht ohne den nach Innen gerichteten Schutz durch Mauern der Ungleichheit aus - und ohne die brutale, häufig todbringende Ausschließung von Menschen durch den Einsatz von militärischen Mitteln an seinen Außengrenzen.

Nein, zum Glück geschieht dies gegenwärtig nicht gegenüber Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, jedenfalls nicht dann, wenn sie eine weiße Hautfarbe haben - dafür umso unerbittlicher gegenüber Menschen, die weniger weiß und uns weniger ähnlich sind als ukrainische StaatsbürgerInnen. Die harte Seite der sogenannten „wertebasierten europäischen Außenpolitik“ bekommen vornehmlich Menschen zu spüren, die aus der Sahelzone, dem Nahen Osten oder aus den von den USA und ihren Nato-Verbündeten mit brutalen Sanktions- und Interventionskriegen überzogenen Staaten in Vorderasien fliehen.

Freilich wissen wir seit vielen Jahren, dass die wachsende Ungleichheit in den Europa nahen Regionen des Globalen Südens v.a. deswegen viel Menschen in die Flucht - zuerst in die großen Städte des eigenen Landes und die Jungen unter ihnen dann oft weiter, bis nach Europa – treibt, weil das Leben in den ländlichen Regionen ihrer Herkunftsregionen zu einer Qual geworden ist. Wir sind auch über die Ursachen dieser Qual bestens informiert: die durch internationale Organisationen erzwungene Liberalisierung ihrer Landwirtschaft; den unerbittlich von internationalen Organisationen durchgesetzten Schuldendienst, den die Regierungen vieler sogenannt „fragiler Staaten“ leisten usw. usw.

Vor allem wissen wir, dass es die Folgen einer „zur neuen Normalität“ gewordenen ökologischen Katastrophe sind, die heute und in naher Zukunft immer mehr Menschen auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa treiben - seien dies langanhaltende Dürreperioden, desaströse Überschwemmungen, Feuerwalzen oder Heuschreckenschwärme in biblischem Umfang. Ebenso sind es aber auch die vielen inner- und zwischenstaatlichen Konflikte, die - befeuert

durch leicht erhältliche Waffen jeglicher Art – diese ökologischen Krisen begleiten und verstärken.

Weniger sicher bin ich mir, ob wir zumindest hier auf der “Europäischen Sommeruniversität“ der sozialen Bewegungen darin übereinstimmen, dass eine adäquate politische Antwort auf diese zunehmend chaotische Konfliktlage es notwendig macht, zu tatsächlich radikalen politische Maßnahmen zu greifen – und zwar solchen, die notwendigerweise die Eigentumsrechte vieler Akteure und ja, auch in die Freiheitsrechte vieler Menschen tangieren würden.

Seit Jahrzehnten ist ja bekannt, dass der riesige ökologische Fußabdruck der europäischen BürgerInnen drastisch schrumpfen müsste – und vor allem der Fußabdruck von deutschen EuropäerInnen. Denn wir Deutschen haben ja bereits am 4. Mai dieses Jahres– und nicht erst am globalen Erdüberlastungstag am 28. Juli 2022 - mehr Holz, Pflanzen, Nahrungsmittel usw. verbraucht haben, als in einem Jahr nachwachsen können und auch weit mehr CO2 ausgestoßen, als Ozeane und Wälder aufnehmen können.

Daher sind Aktivisten der sozialen Bewegungen in Europa und anderswo seit Jahrzehnten damit befasst, eine sozial-ökologische Zeitenwende zu fordern und diese wortreich auszuschmücken. Wie alle wissen inzwischen recht genau, welches die harten Eckpfeiler eines „ökologischen Imperativs“ wären, an der sich jegliche Politik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene ausrichten müsste. Die Dimensionen, um die es dabei geht, lassen sich für Deutschland, als dem führenden Industrieland der EU, vereinfacht so verdeutlichen: Es ginge schlichtweg darum, sämtlichen Ressourcenverbrauch zunächst auf das Niveau zu senken, wie es in Deutschland in den 1970er Jahren bestand, dann auf das der 1960er Jahre und schließlich auf das der 1950er Jahre.

Das würde selbstverständlich weitaus größere Einschnitte für die Reichen und die Mittelklassen bedeuten müssen; doch auch die ärmeren Schichten der europäischen Gesellschaften müssten wohl den Konsum von nicht-lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen drastisch einschränken - entweder freiwillig oder eben im Rahmen einer „managend austerity“ (gesteuerten Sparsamkeit).

Ganz sicher aber lässt sich eine sozial-ökologische Transformation nicht dadurch realisieren, dass unser gewaltiger Verbrauch von fossilen Energieträgern durch die Elektrifizierung aller gesellschaftlicher Aktivitäten substituiert wird – im Vertrauen darauf, dass die gewaltigen Strommengen dafür aus erneuerbaren Quellen bezogen werden könnten. Denn das ist schlichtweg unmöglich! Nein, ein Umstieg auf erneuerbare Energieträger würde es uns nicht ersparen, mit jener Zauberformel zu brechen, auf der die Wachstumsdynamik des modernen Industriekapitalismus seit ca. 250 Jahren beruht: eine gesteigerte Energieproduktion pro Hektar Land.

Es mag vielfältige Doppelnutzungsmöglichkeiten für viele Hektar Land geben. Doch um die größte aller drohenden ökologischen Katastrophen wenigstens abzuschwächen – nämlich eine weitere Zerstörung von Artenvielfalt – müssten bis zu 50 Prozent der Lebensräume auf dem Planeten unter Schutz gestellt und einer menschlichen Nutzung weitgehend entzogen werden. Da würde aber bedeuten, dass alle Bedürfnisse aller Erdenbewohner nur durch eine sehr sparsame Nutzung der verbleibenden Hälfte an Land gedeckt werden könnten.

Eine solche Aussicht dürfte selbst bei Akteuren der europäischen sozialen Bewegungen die Freude an einer „sozial-ökologischen Transformation“ dämpfen. Doch ist es nicht das wenig rosige Bild, das wir uns von einer derartigen Transformation machen müssen, welches uns erschrecken muss – sondern eher der Sachverhalt, dass eine solche Transformation des fossilen Kapitalismus im Sommer 2022 nirgendwo auf der Tagesordnung steht.

Denn kaum haben der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und geopolitische Schachzüge, die keineswegs allein auf das russische Konto gehen, uns mit der Notwendigkeit konfrontiert, im kommenden Winter mit weniger Energie auskommen zu müssen, werden nahezu alle energiepolitischen Weichen, die einen „European Green Deal“ einleiten sollten, in Windeseile demontiert. Die Versprechungen des „Fit-for55“-Programms der Europäischen Kommission waren zwar auch 2021 kaum mehr als eine „Nebelkerze“ (Mahnkopf 2021), wenn nicht ein großer (Selbst-)Betrug (Mahnkopf 2022). Doch der Finanz- und Wirtschaftskrieg, mit dem die Nato-Staaten Russland in die Knie zwingen wollen, machen den EGD nun zu einem regelrechten „fake“-Programm.

Schon das im März 2022 beschlossene REPower EU-Programm ist ein energiepolitischer Skandal, erlaubt es doch für die Dauer von 5-10 Jahren 5% mehr Kohleverbrennung in der EU – oder 100 TW pro Jahr, was in etwa dem Energieverbrauch Belgien entspricht. Allerdings wird die Kohle nun nicht mehr aus Russland sondern per Schiff aus dem fernen Australien oder aus Südafrika oder Kolumbien beschafft. Der parallele Ausbau der Atomenergie in Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Belgien, Großbritannien und Frankreich wird dazu führen, dass im Jahr 2030 Millionen Megawatt an erneuerbarer Energie aus dem europäischen Stromnetz herausgeworfen werden müssen -wenn es ein Überangebot an Strom gibt. Denn Atomkraftwerke lassen sich nicht kurzfristig abstellen.

Zudem gab es zwar auch schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine in der EU – aber nicht zuletzt dank unserer Nachfrage auch in Russland und in der Ukraine - infrastrukturelle „log-ins“ eines fossilistischen Regimes, die aufzubrechen einer Mammutaufgabe gleichkommt. Denn der moderne Industriekapitalismus ist abhängig von Öl, Gas und Kohle wie ein Junkie vom Rauschgift und verteidigt seinen Zugang zu diesen lebenserhaltenden Drogen wie ein Drogenhändler seine

Beute mit einem Schnellfeuergewehr. Seit ein paar Monaten erleben wird jedoch – zusätzlich zu dem schrecklichen Krieg in der Ukraine - ein absurdes Sanktions-Theater, das die EU-Staaten in Sachen Energiepolitik aufführen und dieses hat das Potential zu einer selbstmörderischen Farce zu werden.

Erst wurde ein Teilembargo auf zwei Drittel aller Ölimporte aus Russland beschlossen, mit der Folge, dass nun ein anderes, ebenfalls in einen mörderischen Krieg verwickeltes Land und ein für seine Menschenrechtsverletzungen bis vor kurzem selbst von den USA Regime, nämlich das in Saudi-Arabien zu einer Ausweitung seiner Ölförderung gedrängt wird.

Nach den Plänen von REPower EU sollte bis Ende 2022 nur noch ein Drittel so viel Gas aus Russland importiert werden wie ein Jahr zuvor. Im Sommer 2022 aber hören wir nur noch von einem „Gaskrieg“, den Russlands gegen EU-Staaten führe – weil Gazprom, als Antwort auf die Finanzsanktionen der Nato-Staaten, die Russland vom internationalen Devisenverkehr ausgeschlossen haben, auf der Bezahlung in Rubel bestanden hatte. Und in Deutschland, das von russischem Gas besonders abhängig ist, wird seit einiger Zeit immer wieder behauptet, Russland breche die langfristigen Gasverträge, obwohl niemand weiß, welche Mengen Gas der russische Staatskonzern Gazprom zu liefern verpflichtet ist – und ob das Unternehmen derzeit 50% oder lediglich 2% der vertraglich vereinbarten Menge liefert. Denn die Verträge sind geheim und bleiben es

Selbstverständlich treibt der - tatsächlich von Seiten der westlichen Mächte in Gang gesetzte Energiekrieg, der seinen Anfang nahm mit dem von den USA erzwungenen Aus für North Stream 2 - die Preise für alle fossilen Energieträger in schwindelerregende Höhen und damit auch die Preise für die vielen Industriegüter, die von diesen abhängig sind. Daher haben sich, nach Daten der IEA, die Nettoeinnahmen der großen Energiekonzerne im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Ein Großteil der „windfall profits“ nutzen die Aktionäre von Shell, BP und Co für Dividendenausschüttungen und die Rückkäufe eigener Aktien.

Russisches Pipeline-Gas entweicht freilich nach wie vor aus der Erde und wird, da sich Pipelines nun einmal nicht in eine andere Himmelsrichtung drehen lassen, zu großen Teil einfach abgefackelt, verursacht also große Mengen an klimaschädlichen Emissionen. Gleichzeitig heizen die Europäer, allen voran die deutsche Bundesregierung, die Nachfrage nach dem noch umweltschädlicheren „fracking gas“ an – egal woher dieses auch kommen mag und egal zu welchem Preis sie es beziehen müssen. Die deutsche Bundesregierung drängt sogar afrikanische Länder dazu, neue Gasfelder, und sei es in Naturschutzgebieten wie vor der Küste des Senegal, zu erschließen.

Zudem werden am Golf von Mexiko wie an den europäischen Küsten - koste es was es wolle – horrenden Investitionen in neue Infrastrukturen zur Verflüssigung, den Transport und die Wiedervergasung von „fracking gas“ getätigt. Diese Investitionen zahlen sich aber nur dann aus und müssen nicht als „stranded assets“ abgeschrieben werden, wenn solche Infrastrukturen wenigstens 30 Jahre in Betrieb bleiben. Dabei wollte die EU in 30 Jahren doch „klimaneutral“ sein!

Hinzu kommt, dass weder von den Politikern noch von den Wirtschaftsbossen in der EU nicht nur Nichts unternommen wird, um die Kriegspartien Russland und Ukraine zu Friedensverhandlungen zu drängen. Ganz im Gegenteil: Es werden horrenden Summen für die Militarisierung der EU aufgewendet; allein in Deutschland fließen 100 Mrd. Euro zusätzlich in das Verteidigungsbudget. Derweil ist nach wie vor gänzlich unklar, wer für die fast 700 Mrd. Euro aufkommen wird, die als Investitionskosten für den Ausbau von Wind- und Solarstrom in Deutschland (Jarass 2022) veranschlagt wurden.

Zugleich werden überparallel zu den explosiven Bomben neue riesige „Carbon Bombs“ gebaut. Als „carbon bombs“ haben Journalisten des „Guardian“ die fast 200 neuen großen Öl- und Gasprojekte bezeichnet, die derzeit vorangetrieben werden. Diese werden zusätzlich zu den 36,5 Mrd. CO<sub>2</sub>, die im Jahr 2021 global emittiert wurden, noch einmal 1 Milliarde CO<sub>2</sub> hinzufügen.

Über die Folgen einer nach wie vor drohenden atomaren Verseuchung halb Europas und großer Teile Vorderasiens, die ein Raketeneinschlag in Saporischschaj, egal von wem ausgelöst, nach sich ziehen würde, mag ich hier noch nicht einmal spekulieren.

Kurzum: Der Krieg in der Ukraine wird zum Anlass genommen, den „Krieg gegen den Planeten“ in eine neue Eskalationsstufe zu treiben. Dieser „Krieg gegen den Planeten“, der keine Sieger kennt, geht vor allem zu Lasten von Milliarden Menschen in den Ländern des Globalen Südens – doch ebenso zu Lasten von jungen Menschen in Europa und anderswo. Denn energiepolitische Weichen, die in den wenigen Jahren bis 2030 in die falsche Richtung gestellt werden, setzen ihre Zukunft auf ein Gleis, auf dem nur Züge fahren, die auf einen Abgrund zusteuern.

Daher wäre zu wünschen, dass diese Europäische Sommeruniversität v.a. eine Botschaft in die europäische Öffentlichkeit senden möge: Nichts braucht Europa heute dringlicher als Frieden! Wenn Europa keine Friedensmacht werden will, wird der uns und dem Rest der Welt bevorstehende „Wandel“ nur unregierbares Chaos, Gewalt und Zerstörung bedeuten. Und wenn es nicht gelingen sollte, in Europa eine große Friedensbewegung in Gang zu setzen – wozu bräuchte es dann soziale Bewegungen in Europa? Wer wird dann einer „Krise der Zivilität“ im Innen- wie im Außenverhältnis der europäischen Völker, die sich schon heute abzeichnet, entgegentreten? Wenn die europäischen sozialen Bewegungen sich

nicht als eine den Kontinent übergreifende Friedensbewegung neu erfinden, werden sie in den bevorstehenden harten Konflikten wohl entbehrlich sein.

Gewiss, für eine solche Perspektive bräuchte es zuvorderst die Einsicht, dass dem fossilen Kapitalismus die Grundlage entzogen werden muss. So sehen es jedenfalls die jungen Aktivisten, die unter dem Slogan: „End Fossil: Occupy!“ für den Herbst in der ganzen Welt Schulen und Universitäten besetzen wollen. Ich teile ihre Sicht und zitiere deshalb aus ihrem Aufruf: „We need to be more disruptive than ever, as that’s our only chance for survival. We need to disrupt business-as-usual and start with the space where we have the power to mobilize and organise – our schools and universities. They train us for a world that has no future, a world of fossil capitalism.“

Andere Ziele für die europäischen sozialen Bewegungen werden in den kommenden Tagen in vielen Workshops und Foren zur Sprache kommen. Aus meiner Sicht aber stellt „End Fossil Capitalism“ das übergeordnete und daher wichtigste aller Ziele dar.